



# SPD Hessen-Nord Bezirksparteitag 2017

# Beschlüsse

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
20. Mai 2017  
Baunatal**

Antrag: EnU 05

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD- Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, S&D-Fraktion im Europaparlament

Betr.: Gemeinsame Agrarpolitik: Umwelt, Klima, Menschen und Tiere schützen

Der Bezirksparteitag beschloss:

1  
2 Die deutsche Sozialdemokratie soll sich intensiv darum bemühen die Gemeinsame Agrarpolitik  
3 (GAP) der Europäischen Union für den Zeitraum ab 2020 so auszurichten, dass die Produktion  
4 von Tieren sowie Export von tierischen Produkten massiv verringert wird. Nationale Spielräume  
5 sollen unmittelbar genutzt werden.  
6  
7

8 Begründung:  
9

10 Im Haushalt der Europäischen Union ist die Landwirtschaft mit 58 Milliarden Euro (40 %) der  
11 größte Posten. Durch die GAP bekommt Deutschland über die erste Säule (Europäische  
12 Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL)) 5 Mrd. Euro und über die zweite Säule  
13 (Europäische Landwirtschaftsfonds für die ländliche Entwicklung (ELER)) 1,3 Mrd. Euro. Diese  
14 Gelder werden heutzutage aus Umwelt- und Klimaperspektive nicht optimal eingesetzt.  
15 Die Lebensmittel- und Ernährungsorganisation der Vereinten Nationen schätzt, dass die  
16 Viehhaltung weltweit für 14,5 Prozent aller Treibhausgase verantwortlich ist. Andere Studien  
17 kommen auf bis zu 25 % Treibhausgasausstoß durch die globale Tierproduktion. Das BMUB  
18 geht für das Industrieland Deutschland davon aus, dass die Landwirtschaft direkt rund 8 % und  
19 mit Mineraldünger sogar 15 % der Treibhausgase verursacht.  
20

21 Zwei aktuelle Forderungen zur Produktion und den Konsum von Tieren:

- 22 1. Im Entwurf zum „Klimaschutzplan 2050“ der Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD)  
23 stand daher einst: "Bis 2050 sollte ein Fleischkonsum entsprechend der Empfehlungen  
24 der Deutschen Gesellschaft für Ernährung angestrebt werden". Nach aktuellen  
25 Empfehlungen der DGE wäre dies eine Reduzierung auf 300 – 600 g Fleisch in der  
26 Woche. Der Fleischverzehr liegt aktuell bei 1,1 Kilo pro Woche. Diese Forderung wurde  
27 auf Intervention des Kanzleramtes (CDU) wieder aufgeweicht, folglich war ab September  
28 war nur noch vom „Abbau der Tierbestände“ die Rede.
- 29 2. Die wissenschaftlichen Beiräte für Agrar- und Waldpolitik im BMEL haben vor kurzem  
30 aus Umwelt- und Klimagründen vorgeschlagen für tierische Lebensmittel (bspw. Milch,  
31 Käse, Wurst) den regulären Mehrwertsteuersatz von 19 % festzulegen und gleichzeitig  
32 die Sozialleistungen anzuheben. Durch die sozialverträgliche Bruttopreiserhöhung  
33 erhoffen sich die Wissenschaftler\*innen einen um 10 % verringerten Verkauf solcher  
34 stärker umweltbelastenden Lebensmittel.

35 Dies sind sicherlich spannende Forderungen, die ernsthaft zu diskutieren sind. Sie  
36 verdeutlichen die Relevanz des Themas. Allerdings nehmen die Diskussionen über die

37 Ausrichtung der zukünftigen Gemeinsamen Agrarpolitik jetzt Fahrt auf. Wenn aus guten  
38 Gründen Fleisch- und andere Tierprodukte endlich auch politisch als wesentliche Umwelt- und  
39 Klimaprobleme identifiziert wurden, muss es nun darum gehen die Subventionen für die  
40 Produkte zu streichen/zu verringern und umwelt- und klimafreundliche Alternativen zu stärken.  
41 Zudem wäre die Verringerung der Tierproduktion der wesentlichste Schritt zu einer  
42 tiergerechteren Gesellschaft.

43  
44

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an